



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2021

ULA

Antrag

**Knut John (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Heinz Lotz (SPD),
Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD), Torsten Warnecke (SPD) und Fraktion
Junglandwirtinnen und Junglandwirte müssen gezielt durch eine
Niederlassungsprämie gefördert werden**

Für den wirtschaftlichen Erfolg eines landwirtschaftlichen Unternehmens sind Fördermittel von enormer Bedeutung. Sie fließen in die betriebswirtschaftliche Kalkulation mit ein und werden bei der betrieblichen Planung berücksichtigt. Die Förderung junger Menschen, gerade im ländlichen Raum, ist eines der Ziele der kommenden Förderperiode der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Die ökonomischen Hürden für junge Menschen, die sich eine Existenz in der Landwirtschaft aufbauen möchten, sind gewaltig.

Dennoch gibt es laut Beschluss der Sonderagrarministerkonferenz (AMK) zur GAP, als auch vom Bund, keine zusätzliche bundesweite Niederlassungsprämie als Ergänzung zur bestehenden Förderung von Junglandwirtinnen und Junglandwirten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Förderung junger Menschen, insbesondere im ländlichen Raum, eine hohe gesamtgesellschaftliche Bedeutung hat.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Attraktivität des Berufs der Landwirtin bzw. des Landwirts bei jungen Menschen gesteigert werden muss.
3. Der Landtag stellt fest, dass der vergebene Anteil von 2 % der Mittel der ersten Säule in der aktuellen Förderperiode der GAP für Junglandwirtinnen und Junglandwirte zu gering ist.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem guten Beispiel von Frankreich und Sachsen-Anhalt zu folgen, und eine sogenannte Niederlassungsprämie für junge Existenzgründer in der zweiten Säule der GAP anzubieten. Dies kann durch eine Betriebsübergangsprämie für Junglandwirtinnen und Junglandwirte, bei denen eine besondere Bedürftigkeit vorliegt, ergänzt werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass eine bundesweite Koordinationsstelle zur kostenfreien Beratung von Junglandwirtinnen und Junglandwirten geschaffen wird.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Junglandwirtinnen und Junglandwirten den Zugang zu Land zu erleichtern, etwa durch eine Anpassung der Vergabekriterien öffentlicher Flächen sowie Steuererleichterungen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Junglandwirtinnen und Junglandwirten den Zugang zu Kapital zu erleichtern, zum Beispiel durch eine günstigere, flexiblere und vereinfachte Bereitstellung von Bürgschaften und Krediten.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein eigenes Stipendienprogramm für Junglandwirtinnen und Junglandwirte zu schaffen.

Begründung:

Durch die jüngsten Beschlüsse von Bund und Ländern zur nationalen Ausgestaltung der kommenden Förderperiode der GAP soll in Deutschland auch zukünftig nur ein Anteil von lediglich 2 % der Direktzahlungen für die Förderung der Junglandwirte aufgewendet werden.

Dass eine zielgerichtete Förderung von Junglandwirten in der Europäischen Union möglich ist, zeigt Frankreich. Eine landesweite Niederlassungsprämie wurde hier bereits umgesetzt. Ähnlich wie in Sachsen-Anhalt, werden die Fördergelder dort anhand eines spezifischen Geschäftsplans, einer Mindestberufsqualifikation sowie anhand eines Fortbildungsplans vergeben.

Wiesbaden, 11. Mai 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Knut John
Gernot Grumbach
Heinz Lotz
Heike Hofmann
Torsten Warnecke